

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نېاشد تن من مېباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مېباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 06.09.2018

Von Susann Witt-Stahl

07.09.2018

## Am Tisch der Herrschenden

*Wie die Partei Die Linke für die »Israel-Solidarität« friedenspolitische und andere sozialistische Grundsätze über den Jordan gehen lässt*



*»Schutzbäume« pflanzen an der Grenze zu Gaza – Tweet von Linke-Kofraktionschef Dietmar Bartsch (24.5.2018)*

Foto: [twitter.com/DietmarBartsch/status/999639804651495424](https://twitter.com/DietmarBartsch/status/999639804651495424)

Die prozionistische Wende der Linkspartei ist mit der Anerkennung der »nationalen Interessen« Deutschlands seit Adenauer und Entsolidarisierung von internationalen (jüdischen) Linken verbunden.

### Komplett anzeigen

Seit vergangener Woche ist es amtlich. In einem von der Linkspartei mitregierten Bundesland werden Gegner der israelischen Rechtsregierung, darunter auch jüdische Linke, mit Neonazis auf eine Stufe gestellt: vom Unterstützer der Kampagne »Boycott, Divestment, Sanctions« (BDS) bis zum propalästinensischen Antiimperialisten – laut dem Berliner Verfassungsschutzbericht 2017 sind das »Antisemiten«, deren Wurzeln sich nicht zuletzt in den »marxistischen Klassikern« und der Arbeiterbewegung fänden.

Zur deutschen Staatsräson und »israel-solidarisch« in Stellung gebracht wird Die Linke auf allen Ebenen. Zwar bedachte der Vorstand der Bundestagsfraktion den kürzlich verstorbenen Friedenskämpfer Uri Avnery mit einem Nachruf, aber halten tut er es objektiv schon lange mit dessen Todfeind: Einer »ekelhaften« israelischen Regierung, die keinen Frieden wolle und für die ein Palästinenserstaat als Nachbar »total undenkbar« ist, musste Avnery noch im Juni in Deutschland erklären, was in Israel seit Jahren als unveränderbare Tatsache gilt. Um so eifriger streitet Die Linke für das »Existenzrecht« eines Davids, der dieses Recht schon seit 70 Jahren als bis an die Zähne bewaffneter Goliath exekutiert. Die Existenz der entrechteten Palästinenser hingegen, die mittlerweile von hegemonialen Strömungen in der Linken, zum Zweck der ideologischen Rechtfertigung israelischer Schießbefehle, als »Terroristen« stigmatisiert werden, kümmert sie, ganz auf Linie der Bundesregierung, immer weniger. Die Emanzipatorische Linke (Ema.Li) von Linke-Kochefin Katja Kipping hat sich längst den Schlachtruf der rechtszionistischen Pro-Krieg-Ultras »Free Gaza from Hamas!« zu eigen gemacht.

Der BAK »Gerechter Frieden in Nahost« äußerte sich in einer Erklärung vom August »entsetzt« über diesen Kurs seiner Partei, der deren Forderung nach einer Zweistaatenlösung zur Farce hat verkommen lassen. Es sei »peinlich«, namhafte Politiker der Linken daran erinnern zu müssen, »dass ihr Platz nicht am Tisch der Herrschenden, sondern an der Seite der Unterdrückten ist«, heißt es in einem Schreiben von Mitgliedern aus dem Kreis Kassel-Stadt. »Rosa Luxemburg wusste es noch.«

Auch der Linke-Friedenspolitiker Diether Dehm meint, es zu wissen: »Jeder Waffenexport muss verboten werden«, das gelte auch für Israel, hatte er vergangenen Herbst im Gespräch mit dem Internetaktivisten Ken Jebsen betont und seine Abneigung gegen Leute kundgetan, »die feste Prinzipien« haben und sie »für 'nen Appel und 'n Ei verkaufen«.

Wenn aber der Preis stimmt, eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene winkt, dann kennen er und sein »Team Sahara« offenbar nur noch eines: aufstehen gemeinsam mit »Team Kipping« für Israel – gestern für Dehm noch ein Staat, der Palästinenser »hinschlachtet«, heute schon eine »Demokratie mit einer lebendigen und pluralistischen Zivilgesellschaft«. Solche Gelobtes-Land-Poesie, inklusive Würdigung von Joachim Gauck, ist in dem Bundestagsantrag »70 Jahre Staat Israel« von Die Linke und Grünen zu lesen, den Dehm im April mit unterzeichnete – während israelische Scharfschützen im Gazastreifen 135 palästinensische Zivilisten getötet und rund 14.600 verletzt haben. Wäre der Antrag vom Parlament angenommen worden, dann hätte Die Linke tatsächlich der Merkel-Regierung mit aufgegeben, »weiterhin« für die »Sicherheitsinteressen« Israels »aktiv einzutreten«, wie es darin heißt, also eine brandgefährliche Nahostpolitik u. a. mit der Lieferung von Panzern, atomwaffenfähigen U-Booten und anderen Rüstungsgütern fortzusetzen.

Befreit von lästigen linken Prinzipien hat sich offenbar auch Kofraktionschef Dietmar Bartsch: Im Mai folgte er einer Einladung des Jüdischen Nationalfonds zu einer »sicherheitstechnischen Anpflanzung« an der israelischen Grenze zu Gaza. Die »Landentwicklungsorganisation« ist aktiv an der Enteignung und Entrechtung der Palästinenser beteiligt.

Auf die Frage, wie ein Politiker einer sozialistischen Partei mit derartigen Widersprüchen zurechtkommt, gab es keine Antwort von Diether Dehm und eine gereizte von Dietmar Bartsch: Er »sitze nicht vor Gericht«, ließ er *jW* wissen, ebenso, dass er keinen Erklärungsbedarf sieht für seine PR-Aktion mit einer wegen menschen- und völkerrechtswidriger Praktiken international in der Kritik stehenden Institution: »Wer im Pflanzen eines Baumes auf unbestritten israelischem Gebiet einen militaristischen Akt erkennt, hat eine sehr besondere Sichtweise.«

Den Wald vor lauter Bäumen sieht auch Die Linke in Thüringen nicht. Sie knüpft zunehmend zarte Israel-solidarische Bande mit deutschen Rechten: »Da ist dann schon das Verrückte, dass die gemeinsame Basis am Ende auch Abgeordnete von Linkspartei und CDU sehr nah zusammenbringt, wenn es um das Thema Israel und – ich nenne es auch mal – den Schutz von Israel geht«, freut sich die Landtagsabgeordnete Katharina König-Preuss. Dass der Ministerpräsident, ihr Parteikollege Bodo Ramelow (für den Aktionstag »Thüringen trägt Kippa« wählte er die Kopfbedeckung der in der Siedlerbewegung organisierten nationalreligiösen Juden), in Björn Höckes Jargon »deutliche Anleihen bei der SA« ausmacht, ist für die Linke-Sprecherin für Antifaschismus noch lange kein

Grund, nicht mit dessen AfD-Fraktion in einem Israel-Freundeskreis zusammenzuwirken. Vor allem, wenn es um die gute Sache der Eskalationspolitik gegen den Iran geht: 2017 wurde der Regime-Change-Lobbyist Stephan Grigat (»Israel ist zu liberal«) zu einem Gastvortrag geladen. Die Schleusen nach rechts sind weit geöffnet: Unlängst fand sich der Hamburger Linke-Nachwuchspolitiker Jan Vahlenkamp für die Kundgebung seiner »Israel-Solidarität« schon nicht mehr hinter einem roten, sondern hinter einem blauen Banner mit der Aufschrift »Trump: Make America Great Again!« ein.